

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 17.05.2018

Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 17.05.2018
Beginn:	18:25 Uhr
Ende	21:03 Uhr
Ort:	Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Siegfried Müller

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Carlo Bank

Bürgermeister Stefan Güntner

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Werner May

ohne Zif. 4.3 ö

Stadtrat Manuel Müller

ohne Zif. 4.3 ö

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

2. Bürgermeister Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

Stadtrat Thomas Steinruck

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Dietrich Hermann

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

ÖDP-Stadtratsfraktion

Stadtrat Jens Pauluhn

bis 19.20 Uhr/ bei 3 ö

Stadträtin Bianca Tröge

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Stadtrat Hans Schardt

fraktionslos

Stadträtin Andrea Schmidt

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführerin

Verwaltungsfachangestellte Franziska Schlier

Berichterstatter

Dipl.-Pädagoge Richard Arndt- Landbeck Zif. 3 ö

Bauingenieur Oliver Graumann

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Sozialpädagogin Cornelia Rauh Zif. 3 ö

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Dipl.-Ing. (FH) Johannes Schrauth Zif. 2 ö

Entschuldigt:**CSU-Stadtratsfraktion**

Stadtrat Thomas Rank

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

KIK-Stadtratsfraktion

Stadträtin Jutta Wallrapp

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Berichterstatter

Verwaltungsrätin Monika Erdel

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 17.04.2018

beschlossen dafür 26 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 17.04.2018 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. **Friedrich-Bernbeck-Schule** **Dachstuhlisanierung im Rahmen der Generalsanierung** **Vorlage: 2018/096**

Dipl.-Ing. (FH) Schrauth geht kurz auf die Sachlage ein und verweist auf die Bauschäden im Dachstuhlbereich der Friedrich-Bernbeck-Schule, hervorgerufen unter anderem durch den Echten Hausschwamm. In Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege wurde eine Konzeptstudie mit Kostenaufstellung über die Sanierungsmöglichkeiten erstellt. Auf Grund der Fördermöglichkeiten schlägt die Verwaltung eine Ertüchtigung im Rahmen einer Generalsanierung vor.

Stadtrat Dr. Pfeiffle (Referent für Schulwesen und Bildung) befürwortet zwar grundsätzlich die Generalsanierung, möchte aber zukunftsblickend alternative Ideen im schulischen Bereich in Erwägung ziehen. Möglicher Weise wäre durch einen neuen Standort (bspw. im Bereich der ehemaligen Realschule) und die damit verbundene Anbindung an das bestehende Schulzentrum eine flexiblere Nutzung von Räumlichkeiten möglich. Stadtrat Dr. Pfeiffle regt an, gemeinsam mit der Schule die optimale Lösung für die Zukunft zu durchdenken.

Stadtrat Christof ist ebenfalls der Ansicht, dass Alternativen und die Zukunft der Schule unter Berücksichtigung der Schülerzahlen oder eines möglichen Zusammenschlusses mit der Realschule geprüft werden sollten. Auch die künftigen technischen Voraussetzungen seien von großer Bedeutung. Stadtrat Christof könne sich für den Schulbetrieb auch eine Ansiedlung in den Marshall Heights vorstellen.

Oberbürgermeister Müller übergibt das Wort an Herrn Delißen (Leiter der Wirtschaftsschule) mit der Bitte die Sicht der Schule darzulegen.

Herr Delißen erläutert, dass der Schulzweig der Wirtschaftsschule nicht mit dem der Realschule vergleichbar sei, da die berufliche Schule die fachliche Tiefe durch Unternehmerunterricht in Form einer Übungsfirma vermittele. Er sehe keine Wahrscheinlichkeit eines Zusammenschlusses.

Bezüglich der Schülerzahlen informiert Herr Delißen, dass in der Vergangenheit ein Rückgang erkennbar war, die Zahlen sich aber derzeit wieder stabilisieren. Zum Standort führt Herr Delißen aus, dass die Marshall Heights als Übergangslösung in Ordnung seien, aber dauerhaft auf Grund der Erreichbarkeit keine Option sei. Die Schule würde als erste Option den aktuellen Standort favorisieren, als zweite Option wäre auch der Anschluss an das Schulzentrum im Mühlberg interessant.

Stadträtin Schwab betont, dass die Idee eines Neubaus zwar verlockend klinge, aber die Sanierung ohnehin durchgeführt werden müsse und sich die Stadt zwei Großprojekte nicht leisten könne.

Stadträtin Glos meint, dass der derzeitige Standort auch anders genutzt werden könnte und findet es ebenfalls wichtig, Alternativen zu prüfen, allerdings nicht an der ehemaligen Realschule, da der Platz für die anderen Schulen benötigt wird.

Sollte eine andere Nutzung für das Gebäude vorgesehen sein, geht Herr Böhm (böhm & kuhn architekten) von noch höheren Kosten aus.

Stadtrat Bank sieht ebenfalls keine Chance für einen Neubau am ehemaligen Realschulgebäude, die Bedarfe lägen hier eher beim AKG sowie den anderen Schulen vor Ort.

Auf Nachfrage von Stadtrat Marstaller, ob es möglich wäre, den gesamten Dachstuhl auszutauschen, betont Herr Böhm (böhm & kuhn architekten), dass der Dachstuhl von Antonio Petrini erbaut worden sei und daher ein Austausch technisch zwar möglich, aber nicht sinnvoll sei.

Stadtrat Pauluhn weist daraufhin, dass neben der Förderung für die Generalsanierung auch erhebliche Fördermittel vom Landesamt für Denkmalpflege zu erwarten seien.

Stadtrat Dr. Pfeiffle weist daraufhin, dass neben der Generalsanierung auch externe Mietkosten für das Ausweichquartier anfallen werden und erfragt, wie lange die Sanierung dauern werde.

Herr Böhm (böhm & kuhn architekten) geht von mindestens drei Jahren aus.

Oberbürgermeister Müller geht konform mit der Schulleitung und hält den aktuellen Standort für ideal. Die Zeitschiene sei zu berücksichtigen, aber mit den Marshall Heights gebe es zumindest eine Möglichkeit für den Übergang.

beschlossen dafür 20 dagegen 6

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/096 wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht Einverständnis, dass der Dachstuhl der Friedrich-Bernbeck-Schule im Rahmen einer Generalsanierung des gesamten Schulgebäudes ertüchtigt wird. Die Generalsanierung richtet sich nach dem Raumprogramm der Wirtschaftsschule.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 9.500.000 € sind in der Finanzplanung ab 2020 bereitzustellen (Generalsanierung). Planungsmittel sind ab 2019 in Höhe von 300.000,-€ erforderlich.

3. Gründung der vhs Arbeitsgemeinschaft "Volkshochschulen Kitzingen & Ochsenfurt"
Vorlage: 2018/139

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Vom Sachvortrag Nr. 2018/139 wird Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den vorgelegten Vertragsentwurf zu unterzeichnen. Redaktionelle Änderungen bleiben vorbehalten.

4. Anträge von Fraktionen und Gruppen

4.1. Neubau eines Gebäudes für Jugend und Familie
Beschlussvorschlag der KIK-Fraktion vom 13.03.2018
Vorlage: 2018/130

Stadtrat Steinruck (Antragssteller) erklärt ausführlich anhand einer Präsentation, wie das Bauvorhaben jungStil-Gebäude in Modulbauweise mit Holzständerfertigteilen am Skaterplatz in Etwashausen aussehen könnte und bittet das Gremium um Zustimmung zum Beschlussvorschlag der KIK-Fraktion.

Stadtrat Dr. Küntzer (Referent für Jugend- und Familienangelegenheiten) lobt den vorgestellten Entwurf, bittet aber, dass der Antrag zurückgestellt wird bis die Machbarkeitsstudie vorliegt. Stadtrat Dr. Küntzer führt aus, dass der Jugendbeirat ein Konzept mit diversen Möglichkeiten erstellen wird und geht davon aus, dass das

Konzept im vierten Quartal 2018 fertiggestellt wird. Er wünscht sich eine Gesamtdiskussion im Stadtrat, da noch einige Dinge ungeklärt sind.

Oberbürgermeister Müller spricht sich für den Vorschlag von Stadtrat Dr. Küntzer aus.

Auf Nachfrage von Stadtrat Christof erläutert Bauamtsleiter Graumann, dass der Auftrag an die Fachplaner erst vergeben werden könne, wenn der Haushalt rechtskräftig ist. Das Bauamt habe aber bereits entsprechend vorgearbeitet, so dass zeitnah gehandelt werden kann.

Stadtrat Steinruck stellt den Antrag unter der Voraussetzung zurück, dass er im Oktober 2018 im Rahmen der Gesamtdiskussion im Stadtrat behandelt wird.

zurückgestellt

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/130 wird Kenntnis genommen
2. Der Antrag wird zurückgestellt und in der Oktober-Sitzung im Rahmen der Gesamtdiskussion um das Konzept behandelt.

4.2. Antrag der SPD Stadtratsfraktion vom 04.04.2018; "Mit Fördermitteln günstig Sozialwohnungen bauen": Antrag auf Information aus erster Hand und weitere Vorgehensweise zu Realisierung Vorlage: 2018/129

Stadträtin Glos (Antragstellerin) erläutert die Gründe für den Antrag und ist der Ansicht, dass die Stadtratsmitglieder zu wenig Kenntnis bezüglich der Thematik „Fördermittel“ haben. Es sei nicht Hintergrund des Antrages, Prioritäten zu verändern, sondern er sollte lediglich die Möglichkeit bieten, ein breiteres Wissen zu erlangen, um das Sichtfeld zu erweitern.

Oberbürgermeister Müller stellt klar, dass die Bau GmbH ins Leben gerufen wurde, um Tätigkeiten bezüglich der Sozialwohnungen zu übernehmen.

Stadtrat Heisel betont, dass Sozialwohnungsbau grundsätzlich fehle und der Antrag darauf abzielt, die Thematik breiter zu durchdenken.

Stadtrat Moser bittet um getrennte Abstimmung, da er Ziffer 2.3 nicht zustimmen kann. Hiermit besteht Einverständnis.

beschlossen dafür 24 dagegen 1

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/129 wird Kenntnis genommen.
2. Beschlussentwurf der SPD Stadtratsfraktion:
 - 2.1. Herrn Kiesel von der Regierung von Unterfranken einzuladen und seinen Vortrag bei uns im Stadtrat zeitnah vorzustellen und alle damit verbundenen Möglichkeiten aufzuzeigen,

beschlossen dafür 18 dagegen 7

- 2.2. Diskussion über unsere eigenen Möglichkeiten und ggf. Flächen, Häuser etc. in unserem Stadtgebiet bereitzustellen,

beschlossen dafür 13 dagegen 12

- 2.3. Prioritäten zu setzen und auch die zeitliche Vorgabe, wie wir mit Hilfe dieses Förderprogrammes der Wohnungsnot in Kitzingen die Stirn zeigen, anhand von möglichen Standorten / Häusern (Anmerkung: nicht nur in der Breslauer Straße).

**4.3. Antrag der ReferentInnen für Integration, Jugend- und Familienangelegenheiten, Kultur und Brauchtum, Soziale Stadt sowie Senioren und Menschen mit Behinderung auf Gründung einer Kulturtafel
Vorlage: 2018/135**

Stadträtin Glos (Antragstellerin) geht kurz auf den gemeinsamen Antrag ein und informiert, Ziel sei es, durch die Kulturtafel ein entsprechendes Netzwerk zu schaffen.

Es wird erkennbar, dass die Mehrheit des Gremiums die Aufgabe nicht beim Stadtrat und der Verwaltung, sondern bei Ehrenamtlichen sieht. Für einen Verein bestehe grundsätzlich die Möglichkeit, für dieses Projekt bei der Verwaltung einen Zuschussantrag einzureichen.

abgelehnt dafür 8 dagegen 15

Vom Sachvortrag Nr. 2018/135 wird Kenntnis genommen.

Es besteht Einverständnis mit der Gründung einer Kitzinger Kulturtafel. Eine kleine Arbeitsgruppe soll sich mit der Feinjustierung aller Notwendigkeiten bis hin zu einer möglichen Vereinsgründung oder Verankerung an einer festzulegenden Stelle befassen. Das Konzept ist zu erarbeiten, vorzulegen und zu verabschieden. Die Kulturtafel sollte auch jährlich mit 500 bis 1.000 Euro durch die Stadt Kitzingen unterstützt werden.

**4.4. Veranstaltungshalle im Stadtgebiet Kitzingen;
hier: Antrag der CSU-Fraktion vom 27.04.2018
Vorlage: 2018/134**

Bürgermeister Güntner (Antragsteller) geht ausführlich auf den Antrag ein und betont, dass dieser vollkommen neutral gehalten sei. Die CSU-Fraktion sehe es als große Chance, eine Veranstaltungshalle im Stadtgebiet für jährlich 45.000 Euro zu ermöglichen ohne zusätzliche Kosten, ohne Betreibergesellschaft oder Beteiligung an den Unterhaltskosten. Für diesen Mehrwert durch Unterstützung eines Investors bittet er das Gremium um Zustimmung.

Stadtrat Christof sieht Überschneidungen, da die Verwaltung derzeit ein Konzept für die Florian-Geyer-Halle erstellt.

Auf Nachfragen aus dem Gremium erklärt Bürgermeister Güntner, dass bei den Ver-

anstellungstagen auch die Auf- und Abbautage einzurechnen seien und er somit kein Problem sehe, dass die Stadt das jährliche Veranstaltungskontingent nicht ausschöpfen könne. Des Weiteren betont Bürgermeister Güntner, dass die Posthalle in Würzburg geschlossen werden soll und dies eine große Chance für Kitzingen sei, als Veranstaltungsort attraktiv zu werden.

Nach ausführlichem Meinungsaustausch im Gremium bezüglich der Hallengröße, Veranstaltungstage und Auslastung stellt Oberbürgermeister Müller den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen dafür 13 dagegen 12

Dem Antrag zur Geschäftsordnung von Oberbürgermeister Müller auf Schluss der Debatte wird stattgegeben.

abgelehnt dafür 11 dagegen 14

Vom Sachvortrag Nr. 2018/134 wird Kenntnis genommen

Die Stadt Kitzingen stellt einem privaten Investor für den Fall des Baus einer Veranstaltungshalle im Stadtgebiet die Buchung eines Veranstaltungskontingents von 10 Veranstaltungen pro Jahr zu einem Preis von maximal 4.500 € brutto pro Veranstaltungstag für einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren in Aussicht.

4.5. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion

Freier Eintritt in den Kitzinger Schwimmbädern für Mitglieder der sog. "Blau-lichtfamilie"

Vorlage: 2018/141

Stadtrat Moser (Antragsteller) begründet den Antrag insofern, dass durch den stetigen Rückgang Jugendlicher in den Ehrenämtern (Feuerwehr, BRK und THW) die kostenfreie zur Verfügung Stellung von Schwimmbad-Freikarten ein guter Anreiz und Dank der Stadt Kitzingen wäre.

Daher bittet er das Gremium die Jugendförderung durch den vorliegenden Beschluss zu unterstützen.

Oberbürgermeister Müller schlägt vor, die Jugend durch einen jährlichen Zuschuss zu fördern. Vorausgesetzt der Antragsteller stimmt zu, würde er mit Herrn Brand (Geschäftsführer Stadtbetriebe GmbH) sprechen, ob ein Zuschuss in Höhe von 1.000 oder 1.500 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Betrag sollte dann prozentual an Hand der jugendlichen Mitglieder in den Institutionen aufgeteilt und ausbezahlt werden.

Stadtrat Moser dankt für den Vorschlag und würde unter der Voraussetzung, dass ein jährlicher Zuschuss für die Jugendförderung gewährt wird, seinen Antrag zurückziehen.

Oberbürgermeister Müller wird dies klären und die Lösung bekannt geben.

Ohne Abstimmung

Vom Sachvortrag Nr. 2018/141 wird Kenntnis genommen.

Der Oberbürgermeister wird sich intern mit Herrn Brand abstimmen, ob ein jährlicher Gesamtzuschuss für die „Blaulichtfamilie“ in Höhe von 1.000 - 1.500 Euro bereitgestellt werden kann.

Bei positivem Ergebnis gilt der Antrag der CSU-Fraktion als zurückgezogen und somit erledigt.

5. Errichtung einer ebenerdigen P+R Anlage südlich des Bahnhofgebäudes hier: Entwurf mit aktueller Kostenberechnung Vorlage: 2018/133

Oberbürgermeister Müller informiert, dass er den Tagesordnungspunkt auf Grund der fortgeschrittenen Zeit von der Tagesordnung nimmt.

zurückgestellt

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/133 wird Kenntnis genommen.
2. Der Tagesordnungspunkt wird aus Zeitgründen abgesetzt.

6. Aufstellung der Vorschlagsliste für Schöffen im Amtsbezirk des Amtsgerichts Kitzingen in der Sitzungsperiode 2019 - 2023 Vorlage: 2018/121

beschlossen dafür 25 dagegen 0

Vom Sachvortrag Nr. 2018/121 wird Kenntnis genommen.

Mit der Vorschlagsliste für Schöffen in der Amtsgerichtsperiode 2019/2023 besteht Einverständnis.

7. Häckselplatz Repperndorf hier: Schließung des Häckselplatzes zum 01.12.2018 Vorlage: 2018/137

Oberbürgermeister Müller erläutert kurz die Sachlage und verweist auf den Sachvortrag.

Stadträtin Schwab regt an, Ziffer 4 des Beschlussentwurfes zu streichen und somit die Nutzung des neuen Häckselplatzes durch die Öffentlichkeit von vornherein auszuschließen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies auch im Sinne der Verwaltung sei und nimmt den Vorschlag zur Änderung des Beschlusses an.
Hiermit besteht Einverständnis.

Stadtrat Freitag ist der Meinung, dass das Goldberg-Gebiet für die Nutzung auf

Grund umfangreicher Vogel- und Froschansiedlungen gemieden werden sollte.
Oberbürgermeister Müller wird die prüfen lassen.

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag Nr. 2018/137 wird Kenntnis genommen.
2. Der bestehende Häckselplatz in Repperndorf auf Flur-Nr. 731 wird zum 01.12.2018 geschlossen.
3. Für städtische Einrichtungen wird ein Bereich auf der Flur-Nr. 7628 Goldberg zur Ablagerung und Häckseln von Schnittgut erstellt.

8. Berichtswesen

Oberbürgermeister Müller verweist auf das vorliegende öffentliche Berichtswesen zum Stadtrat 17.05.2018.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:03 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Franziska Schlier
Verwaltungsfachangestellte